

Protokoll:

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann legt dar, dass der Schienenhaltepunkt, gemessen an den ursprünglichen Schätzungen, 2,5 Mio. Euro teurer würde, aufgrund von konkreten Planungen der vergangenen Monaten. Diese 2,5 Mio. Euro seien zum Teil, etwa zur Hälfte, durch Vorschläge seitens der Verwaltung und Entscheidungen des Rates gedeckt.

Die Deckungsvorschläge seien auf der letzten Seite der Beschlussvorlage aufgeführt.

Er weist darauf hin, dass man weiter mit den Ministerien berate, insbesondere mit dem Wirtschaftsministerium, wie man weitere Beträge, hier etwa 700 000 Euro von den 2,5 Mio. Euro, finanzieren könne. Dann verbliebe man bei etwa 2 Mio. Euro Mehrkosten.

Es gebe neue Feststellungen, welche eine weitere Erhöhung der Kosten von etwa 1,5 Mio. Euro erwarten ließen. Diese seien aufgeführt.

Es käme noch hinzu, dass sich durch eine Festlegung eines frühen Zeitpunktes von der BUGA so genannte Beschleunigungskosten ergeben könnten. Dieser Betrag sei in der zusätzlichen 1,5 Mio. Euro bereits enthalten.

Darüber hinaus solle mit dieser Beschlussvorlage ein Fertigstellungstermin vor der BUGA eingeräumt werden. Dieser solle auch in einem Zusatzvertrag festgelegt werden, weil die Arbeitsgemeinschaft, also die Bauunternehmer, durch den vier- bis fünfmonatigen verspäteten Beginn der Arbeiten nicht mehr an den Fertigstellungstermin 15.10.2010 mit den Konsequenzen einer Vertragsstrafe u.ä. gebunden seien. Stattdessen solle der 02.04.2011 festgelegt werden.

Rm Lehmkuhler (SPD) trägt vor, man habe in der Vergangenheit immer das Problem gehabt, dass man aus dem BUGA-Etat sowohl im investiven Bereich als auch im Durchführungsbereich die entsprechenden Konversationen herbeiführen sollten.

Er stellt die Frage, ob es richtig sei, dass bei einer Beratung über die Erhöhungen sich dies erledigt habe, weil im investiven Bereich die Dinge schon submittiert worden seien und im Durchführungsbereich keine Möglichkeit in dieser Größenordnung mehr bestehe.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann erklärt, je näher man der BUGA komme, desto mehr Mittel seien verbraucht. Es sei richtig, dass man in der Bewegungsmöglichkeit sehr eingeschränkt sei, ungeachtet dessen, dass weiter mit den entscheidenden Personen verhandelt würde.

Rm Lehmkuhler (SPD) trägt vor, hätte man den Schienenhaltepunkt aus dem BUGA-Etat heraus gerechnet, ohne dass man die Zuschüsse des Landes für die BUGA erhöht hätte, hätte man sich einige Diskussionen sparen können.

Nach der BUGA würde es Diskussionen und Vorhaltungen über die Erhöhungen der Kosten geben, die man sich hätte sparen können.

Denn es würde keine Differenzierung hinsichtlich der Gründe geben.

Rm Bocklet (CDU) beschreibt, im Sachstandsbericht der Begründung würde von einem Gesamtetat von 104,5 Mio. Euro ausgegangen. Eine Erhöhung von 1,5 Mio. Euro sei angekündigt. Es gebe Deckungsvorschläge, die bereits bei dem letzten Defizit dagegen gerechnet worden seien. Insgesamt entspräche das Einsparpotenzial 1,4 Mio. Euro.

Er fragt, ob man ohne dieses Einsparpotenzial bei 105,9 Mio. Euro sei oder ob dies das Gesamtbudget sei.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann erläutert, 102 Mio. Euro plus die ursprüngliche Überhöhung von 2,5 Mio. führe zu den 104,5 Mio. Euro. Davon habe man aber schon die aufgeführten Einsparvorschläge gefunden, so dass es zu einer Reduzierung käme. Es fehlte aber

noch etwa die Hälfte er 2,5 Mio. Euro. Darüber sei man in der Diskussion mit den Ministerien und es sei von dieser Seite erklärt worden, dass man mit einem nicht unbeträchtlichen weiteren Teil helfen wollten, was aber noch ausstehe. Dann wären 2 Mio. Euro von den 2,5 Mio. Euro gedeckt.

Es käme aber ein neuer Tatbestand von 1,5 Mio. Euro hinzu, was in der vorliegenden Beschlussvorlage begründet sei. Hierfür müsse noch eine Deckung gefunden werden.

Er bittet, eine Legitimation zu bekommen, um über einen festen Endtermin zu verhandeln.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) wirft die Frage auf, wie es bei einem Haltepunkt zu einer Kostensteigerung von 9 Mio. auf 13 Mio. Euro kommen könne und dass man sich momentan in einer hilflosen Situation befinde.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann weist darauf hin, dass viel Geld ausgegeben worden sei, um Kontrollorgane einzukaufen.

Auf den Hinweis des Oberbürgermeisters, man könne auch durch das Einsetzen eines Controllers unvorhersehbare Dinge nicht vorhersehen, erwidert sie, man bräuchte eine gewisse Planungssicherheit und hierfür wäre viel Geld ausgegeben worden.

Nun bliebe dem Rat nichts anderes übrig, als die Mittel zu bewilligen, da die Baustelle in ihrem jetzigen Zustand nicht bestehen bleiben könne.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann bemerkt, dass es sich hier um ein kompliziertes Bauwerk handele und die Kosten seien nicht einfach so höher geworden, sondern hätten ihre Ursachen in verschiedenen Faktoren wie Veränderungen von Sicherheitsvorschriften etc.

Vorherige Schätzungen könnten nicht mehr als Grundlage des Maßstabes genommen werden.

Frau Petersen (BUGA-Büro) fügt an, dass an vielen Stellen schon erhebliche Kosten eingespart worden wären. Zudem sei es bei Großbaustellen zwar immer das Ziel, möglichst genau vorweg zu planen, doch würden dabei regelmäßig Mehrkosten entstehen. Die vorgelegten Planungen seien korrekt gewesen und den Firmen könne kein Vorwurf gemacht werden. Auch zum jetzigen Zeitpunkt würde noch versucht, an einzelnen Stellen Kosten zu reduzieren.

Die aufgeführten Punkte, die zu Mehrkosten geführt hätten, seien Dingen, die niemand der Beteiligten zu verantworten hätte, da es sich um Richtlinien handele, an die sich zu halten sei. Dies hätten die Firmen, die die ursprünglichen Kosten ermittelt hätten, auch nicht vorhersehen können. Auch die Sicherheitsleistungen, bei denen nun höhere Ansprüche gefordert würden, seien vorher nicht bekannt gewesen genau wie die Vorgaben der Entwässerung. Solche unvorhersehbaren Dinge seien bei Baumaßnahmen nichts Außergewöhnliches.

Rm Assenmacher (CDU) bringt vor, es handele sich um eine Kostensteigerung von über 40 %.

Der Schienenhaltepunkt sei ein komplexes Bauwerk, was man aber vorher schon gewusst habe.

Bei der Abstimmung hätte man sich eventuell anders entschieden, wenn die Erhöhung der Kosten in diesem Ausmaß bekannt gewesen wäre.

Er erkundigt sich, welche Bauzeiten mit den Firmen vereinbart worden seien, welcher Termin für die Fertigstellung vereinbart worden sei und ob der Haltepunkt noch in den Fahrplan der Deutschen Bahn mit eingeplant werden könne.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann teilt mit, dass es keinen vorgesehenen Endtermin gebe. Der Fahrplan sei bereits im Schienenpersonenzweckverband mit den entsprechenden, die

Linien betreibenden Unternehmen vorhanden. Es müsse nur der Bahnhof fertig gestellt werden, damit dieser auch in Funktion treten könne.

Rm Schupp (FDP) erkundigt sich, inwieweit der Bahnhof nach der Zahlung der 1,5 Mio. Euro schon nutzbar sei.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann erklärt, es seien weitere 1,5 Mio. Euro Kosten, die noch nicht in allen Einzelheiten feststünden, zu erwarten. Darin seien auch Kosten der Beschleunigung enthalten, was aber den geringsten Teil dieser 1,5 Mio. Euro darstelle.

Rm Lehmkuhler (SPD) wiederholt, dass dem Rat nichts anderes übrig bleibe, als die Mittel zu bewilligen, denn zwei Drittel der Maßnahmen seien bereits umgesetzt. Es wäre auch genug darüber diskutiert worden, dass die Bahn den Haltepunkt nicht abkaufen würde.

Einige Maßnahmen, wie die Drainage um das Oberflächenwasser der Gleise gesondert abzufangen, seien nicht nachvollziehbar.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann bringt vor, dass er die Bedenken des Rm Lehmkuhler nachvollziehen könne, doch die SGD Nord hätte vorgegeben, in dieser Weise zu bauen. Diese Vorgaben seien im Laufe der Zeit gemacht worden und hätten nicht vorher gesehen werden können.

Rm Coßmann (CDU) stellt die Frage, ob die SGD Nord, welche eine Landesbehörde darstelle, wenn sie derartige Bestimmungen anordne, nicht das Land die Mehrkosten zu tragen hätte.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann bestätigt das vorgetragene Argument. Die Verteuerung sei auch durch erhöhte Standards erfolgt, weswegen seitens des Landes mehr übernommen werden müsse.

Nach der ablehnenden Beschlussfassung des Rates weist Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann den Rat darauf hin, dass der Rat durch die ablehnende Entscheidung die Verantwortung für die mögliche künftige Kritik zu verantworten habe. Er könne diese Entscheidung nicht nachvollziehen.

Rm Lehmkuhler (SPD) äußert, es ginge nicht nur um Beschleunigungsmaßnahmen, sondern auch um andere. Werde dies nun nicht bewilligt, sei eine nicht fertig gestellte Anlage, die nicht nutzbar sei, möglich.

Oberbürgermeister Dr. Schulte-Wissermann bejaht dies und macht deutlich, dass er hierfür die Verantwortung nicht auf sich nehme.

Rm Diehl (CDU) erkundigt sich, wann Vertragsstrafen verhängt würden.